

**23.04.2026**

## **Position von Spitex Schweiz zur 10-Millionen-Initiative**

### **1. Position Spitex Schweiz**

**Spitex Schweiz lehnt die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» entschieden ab.**

Die Forderungen der Initiative stehen im Widerspruch zu einer verlässlichen und flächendeckenden ambulanten Versorgung, wie sie heute und in Zukunft benötigt wird. Die Spitex ist auf qualifizierte Fachpersonen aus dem Ausland angewiesen, um den steigenden Versorgungsbedarf – insbesondere im Kontext der Alterung der Bevölkerung und des Grundsatzes «ambulant vor stationär» – decken zu können.

Die mit der Initiative verbundenen Massnahmen, insbesondere eine mögliche Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU, würden den Zugang zu dringend benötigten Arbeitskräften erheblich erschweren. Dies hätte direkte negative Folgen für die Versorgungssicherheit und -qualität sowie für die Arbeitsbedingungen der bestehenden Mitarbeitenden.

Zudem gefährdet die Initiative die bilateralen Beziehungen zur EU, von denen auch das Gesundheitswesen – etwa in den Bereichen Forschung, Ausbildung und Fachkräftemobilität – wesentlich profitiert.

Spitex Schweiz fordert einen verlässlichen politischen Rahmen, der die Versorgung stärkt statt schwächt. Eine Annahme der Initiative würde die Sicherstellung der ambulanten Versorgung in der Schweiz konkret gefährden.

### **2. Ausgangslage**

Am 14. Juni 2026 stimmen Volk und Stände über die Chaos-Initiative ab (offizieller Titel: «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»). Die Initiative hat eine grosse politische Bedeutung. Für die Spitex-Branche stellt sich insbesondere die Frage nach den Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Sicherstellung der ambulanten Versorgung.

Der Bundesrat hat am 21. März 2025 beschlossen, die Volksinitiative ohne direkten Gegenvorschlag oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Er begründete dies insbesondere mit den negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Versorgungssicherheit sowie die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union.

Das Parlament hat sich in der Folge mit der Initiative befasst und ist der Empfehlung des Bundesrates gefolgt: Es hat beschlossen, die Initiative ohne Gegenvorschlag Volk und Ständen zur Ablehnung zu unterbreiten.

In der politischen Debatte formierte sich ein breites Gegnerkomitee. Neben dem Bundesrat lehnen insbesondere die Parteien Mitte, FDP, GLP, SP und Grüne die Chaos-Initiative ab. Auch wichtige Wirtschafts- und Sozialpartnerorganisationen wie *economiesuisse*, der Schweizerische Arbeitgeberverband, Gewerkschaften, sowie Akteure aus verschiedenen Branchen wie Hotellerie, Gastro, Bau wie auch Akteure aus dem Gesundheitswesen sprechen sich gegen die Vorlage aus. Sie warnen vor negativen Folgen für den Arbeitsmarkt, die Versorgungssicherheit und die Beziehungen zur EU.

- [NEIN zur Chaos-Initiative - Die Schweiz nicht ins Ungewisse stürzen. | NEIN zur Chaosinitiative](#)
- [Nein zur extremen SVP-Chaos-Initiative am 14. Juni](#)

- [Längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten - Chaos](#)

Demgegenüber wird die Initiative von der SVP getragen, die mit der Begrenzung der Wohnbevölkerung auf maximal zehn Millionen Personen bis 2050 insbesondere das Bevölkerungswachstum und die Zuwanderung stärker steuern will.

- [Nachhaltigkeitsinitiative | Keine 10-Millionen-Schweiz](#)

Der Vorstand von Spitex Schweiz hat bereits im Sommer 2025 die Ablehnung der Initiative beschlossen. Angesichts der drohenden Folgen der Initiative und auch für die Spitex hat er sich 2026 dazu entschieden, sich im Rahmen der Kampagne der Gesundheitsverbände zu engagieren.

### 3. Die Initiative in Kürze

Die Chaos-Initiative verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 zehn Millionen Personen nicht überschreiten darf. Dieses Ziel soll in der Bundesverfassung verankert werden.

Zur Erreichung dieses Ziels sieht die Initiative ein gestuftes Vorgehen vor:

- Bereits ab einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Personen müssten Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.
- Wird die Grenze von zehn Millionen überschritten, wären internationale Verpflichtungen, die aus Sicht der Initiative das Bevölkerungswachstum beeinflussen, neu zu verhandeln oder zu kündigen.
- Führen diese Massnahmen nicht innert zwei Jahren zum Ziel, müsste insbesondere das Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union (FZA) gekündigt werden.

Die Initiative hätte damit weitreichende Auswirkungen auf die Zuwanderungspolitik sowie auf die Beziehungen der Schweiz zur EU.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Sie argumentieren insbesondere, dass sie den Fachkräftebedarf, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der bilateralen Beziehungen gefährdet.

Eine ausführliche Beschreibung zur Chaos-Initiative findet sich auf der Webseite des Schweizerischen Arbeitgeberverbands:

- [Ein starrer Bevölkerungsdeckel: Die absurde Forderung der Chaos-Initiative](#)

### 4. Auswirkungen auf die Spitex

Die Spitex ist für die Sicherstellung der ambulanten Gesundheitsversorgung in der Schweiz zentral und bereits heute stark vom Fachkräftemangel betroffen. Ohne qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland kann die Versorgung nicht aufrechterhalten werden.

#### **Verschärfung des Fachkräftemangels**

Die Spitex ist insbesondere in Grenzregionen auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, darunter viele Grenzgänger:innen aus dem EU-Raum. Eine Einschränkung oder Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) würde den Zugang zu diesen Fachkräften erheblich

erschweren. Kontingentierte Bewilligungen und aufwändige Verfahren würden den Rekrutierungsaufwand massiv erhöhen und bestehende Engpässe weiter verschärfen.

#### **Gefährdung der Versorgungssicherheit**

Bereits heute bestehen in verschiedenen Regionen – insbesondere in ländlichen und peripheren Gebieten – Versorgungsengpässe. Ein Rückgang der verfügbaren Fachkräfte hätte direkte Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und Qualität der Leistungen. Damit wäre auch der politisch breit abgestützte Grundsatz «ambulant vor stationär» gefährdet.

#### **Zunehmende Belastung der Mitarbeitenden**

Ein verschärfter Personalmangel führt zu höherer Arbeitsbelastung, mehr Überstunden und geringerer Planbarkeit. Dies erhöht das Risiko von Fluktuation und gesundheitlicher Überlastung und beeinträchtigt die Kontinuität der Betreuung.

#### **Unsicherheit im institutionellen Umfeld**

Eine Kündigung des FZA würde die bilateralen Beziehungen zur EU insgesamt in Frage stellen. Dies hätte auch Auswirkungen auf Kooperationen im Gesundheitswesen, etwa in der Ausbildung, Forschung oder grenzüberschreitenden Versorgung.

#### **Steigende Kosten und zusätzlicher Druck auf das System**

Der Rekrutierungsaufwand und die Personalkosten würden steigen. Gleichzeitig würde der Druck auf Kantone, Gemeinden und Versicherer zunehmen, Versorgungslücken finanziell zu kompensieren. Dies hätte mittelbar Auswirkungen auf Tarife und Leistungsaufträge.

### **5. Engagement von Spitex Schweiz**

Spitex Schweiz engagiert sich mit verschiedenen Verbänden des Gesundheitswesens gegen die Chaos-Initiative und fordert seine Mitglieder auf, diese Position im Sinne einer sicheren Versorgung ebenfalls zu vertreten.

Auch Ihnen stehen Möglichkeiten zur Unterstützung offen, z.B. mittels Testimonials auf der Kampagnenseite der Gesundheitsverbände: [Längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten - Chaos](#)